In welcher mitteleuropäischen Welt liegt Ladinien heute? Versuch einer Einordnung

Emil Brix – Diplomatische Akademie Wien

Abstract

Der Text analysiert die politischen und ideengeschichtlichen Ursprünge des heutigen Mitteleuropas mit Fokus auf die Zäsur von 1918. Die Auflösung der Habsburgermonarchie und die Schaffung nationalstaatlicher Ordnungen prägen bis heute die politische Landschaft zwischen Deutschland und Russland. Trotz europäischer Integration dominiert weiterhin das Prinzip ethnisch definierter Souveränität, was sich in Minderheitenkonflikten und identitätspolitischen Spannungen zeigt. Die gegenwärtige Rückbesinnung auf die pluralistische Habsburgermonarchie wird kritisch betrachtet, da sie zentrale Entwicklungen nach 1918 ausblendet. Mitteleuropa erscheint somit als geopolitischer Raum permanenter Umbrüche, geprägt von marginalisierenden Fremdbildern und nationalstaatlichem Denken.

1. Zum Ursprung des heutigen Mitteleuropa

Das heutige Mitteleuropa hat 1918 angefangen. Für diese gewagte These spricht vor allem die Tatsache, dass die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene politische Ordnung souveräner Nationalstaaten nach hundert Jahren weiterhin (trotz nationalsozialistischer und sowjetkommunistischer Perioden und trotz der supranationalen Europäischen Union) das dominante Modell zur Legitimierung politischer Gemeinschaft darstellt. Dieses nationalstaatliche Prinzip hat nach dem Ende des Kalten Krieges mit der deutschen Wiedervereinigung, der ethnisch begründeten Trennung der Tschechoslowakei und der Entstehung von kleinen Nationalstaaten am Balkan neuerlich an Dynamik gewonnen.

Part of
Videsott, P. & Videsott, R. (Eds.). (2025). *Ladin, Ladins, Ladinia. Publicazion en onour de Lois Craffonara per si 85 agn : Festschrift für Lois Craffonara zum 85. Geburtstag : Miscellanea in onore di Lois Craffonara per il suo 85° compleanno*. bu,press.
https://doi.org/10.13124/9788860462060

(cc) BY-SA

Gerade die Anfänge des neuen Mitteleuropas erinnern an Diskussionen, die auch heute die Politik Europas bewegen. Wie können die mitteleuropäischen überwiegend „kleinen" Nationen ihre Position zwischen Deutschland und Russland finden? Ist es aufgrund der historisch späten Entwicklung eines liberalen Bürgertums unvermeidlich, dass Liberalismus nur dann eine realpolitische Wirkung entfaltet, wenn er eine enge Verbindung mit nationalpatriotischen Positionen eingeht, ja sogar von ihnen abgelöst wird, wie in Ungarn die politische Entwicklung von Ministerpräsident Victor Orbán zeigt? Lässt sich das Dilemma zwischen nationaler Souveränität und einer im kulturellen Gedächtnis weiterhin nachweisbaren Tradition mitteleuropäischer Pluralität heute besser bewältigen, als dies beispielsweise Tomáš Garrigue Masaryk in seinem erstmals 1920 auf deutsch erschienenen Buch „Das Neue Europa" versuchte: „Wenn ich wirklich etwas hasse, so ist es … dieses anationale und doch chauvinistische Kunterbunt von Personen des offiziellen Wien".[1] Zu den ideengeschichtlichen Grundlagen der mit den Pariser Friedensverträgen geschaffenen Nationalstaaten zählte vor allem Ideen, wie sie beispielsweise vom liberalen Theoretiker John Stuart Mill 1861 formuliert wurden: „It is in general a necessary condition of free institutions that the boundaries of governments should coincide in the main with those of nationalities".[2] Tatsächlich traf dieses Prinzip aber auf keinen der nach dem Ende der Habsburgermonarchie geschaffenen „Nationalstaaten" vollständig zu. Mitteleuropa wurde nach 1918 zum Experimentierfeld unterschiedlicher Minderheitenschutzpolitiken und Versuchen, ethnisch „homogene" Staaten (Assimilation, Vertreibung, Grenzveränderungen) zu schaffen, die fast bis in die Gegenwart die innen- und außenpolitischen Positionen dieser Staaten bestimmten. Die Erinnerung an eine liberale Pluralität der späten Habsburgermonarchie erlebt in den letzten Jahren bei liberalen Publizisten und bei Historikern eine Konjunktur, die allerdings das nach dem Ersten Weltkrieg etablierte Prinzip mitteleuropäischer Nationalstaaten nicht infragestellt.

Mit dem wachsenden zeitlichen Abstand vom Zweiten Weltkrieg und vom Ende der ideologischen Ost-Westteilung Europas scheinen die fundamentalen Veränderungen, die diese beiden Ereignisse für den mitteleuropäischen Raum bedeutet haben, zunehmend weniger grundlegend für die gesellschaftliche und politische Gegenwart Mitteleuropas als die politische Neuordnung

1 Masaryk (1920, S. 89).
2 Mill (1861[1977], S. 548).

1918/1919 nach dem Zerfall der multinationalen Habsburgermonarchie. Dieser Paradigmenwechsel kann uns helfen, um die heutige Situation Mitteleuropas besser zu verstehen. Mit dem Zerfall der Habsburgermonarchie kamen im Schatten des Friedensvertrages von Versailles Prinzipien für das neue Mitteleuropa zum Tragen oder wurden relevant, die bis heute gelten. Es war eine politische Neuordnung, die geradezu paradigmatisch Nationalstaaten etablieren sollte („Selbstbestimmungsrecht der Nationen") und damit Grundfragen des mitteleuropäischen Raumes neu lösen wollte, wie etwa seine Tradition kultureller, ethnischer und religiöser Pluralität.

In der Geschichtsforschung wird der Erste Weltkrieg heute meist als die „Urkatastrophe des Zwanzigsten Jahrhunderts" (Christopher Clark) bezeichnet, die alle späteren Entwicklungen dieses Jahrhunderts, wenn nicht bedingt, so zumindest mitbestimmt hat. Für den mitteleuropäischen Raum trifft dies in besonderer Weise zu, weil die neue Staatenwelt trotz ihres dezidiert modernen europäischen Selbstverständnisses schon von Woodrow Wilson und seinen Beratern als „Osteuropa" imaginiert wurde. Dieses Fremdbild der Marginalisierung, der Vorstellung von kleinen Staaten „am Rande Europas", deren Lage zwischen Deutschland und Russland ihre innen- und außenpolitischen Optionen bestimmte, ist eine der fatalen Kontinuitäten des Zwanzigsten Jahrhunderts. Selbst das Ende des Kalten Krieges und die Integration der mitteleuropäischen Staaten in transatlantische (NATO) und europäische (EU) Strukturen haben nicht verhindert, dass Staaten wie Polen und Ungarn als „Osteuropäer" bezeichnet werden, sobald aus westlicher Sicht Kritik an demokratiepolitisch fragwürdigen Entwicklungen in diesen Staaten geäußert wird. Schon der Beitritt der mitteleuropäischen Staaten zur Europäischen Union wurde als „Osterweiterung" bezeichnet. Von der möglichen Stigmatisierung als Osteuropa ist von den Staaten, die heute Anteil am ehemaligen Gebiet der Habsburgermonarchie haben, nur Österreich ausgenommen. Ob dies mehr der ehemaligen imperialen Zentrumsfunktion Wiens, dem starken „deutschen" Anteil seines kulturellen und politischen Erbes, oder der Tatsache, nach 1945 westlich des Eisernen Vorhanges zu liegen, zu verdanken ist, ist das Thema österreichischer Identitätsdiskurse.

2. Das Mitteleuropa des heutigen Ladiniens

Die wesentlichen Bestimmungspunkte für die politische Gegenwart Mitteleuropas erinnern auffallend an die Anfänge der nationalen Staatenwelt nach 1918: geringe Wertschätzung für politischen Liberalismus, außer in national-liberalen Ausprägungen; starke Abhängigkeit von den großen Nachbarn Deutschland und Russland; das Scheitern dauerhafter regionaler Kooperationen; und vor allem das Prinzip nationalstaatlicher Souveränität.

Die letzten hundert Jahre waren in Mitteleuropa von Bemühungen bestimmt, ethnisch homogene Staaten zu schaffen. Dies gilt nicht nur für die Staatenbildungen 1918/1919, sondern diente auch dem nationalsozialistischen Deutschland, den Grenzveränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg („Westverschiebung" Polens) und den Staatenbildungen nach dem Ende des Kalten Krieges (von der „Wiedervereinigung" Deutschlands über die Staatenbildungen im postsowjetischen Raum und beim Zerfall Jugoslawiens bis zur Teilung der Tschechoslowakei) als unbestrittenes Prinzip staatlicher Souveränitätsansprüche. Die daraus entstehenden neuen Minderheitenkonflikte scheinen heute, mehr als hundert Jahre nach dem Ende der multinationalen Reiche der Habsburger, Osmanen und Romanovs in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, weitgehend gelöst. Allerdings sollten wir das Konfliktpotenzial, das mit großen russischen Minderheiten in den baltischen Staaten und mit ungarischen Minderheiten in allen ungarischen Nachbarstaaten (als Ergebnis des Friedensvertrages von Trianon) verbunden ist, nicht unterschätzen. Und noch deutlicher wird das Konfliktpotenzial und der Anspruch ethnischer Identitätspolitik in Südosteuropa, wo bis heute mit Bosnien und Herzegowina und mit dem Kosovo konkurrierende Modelle der Staatenbildung bestehen.

Zusammenfassend lassen sich zumindest drei spezifische Entwicklungslinien für die Anfänge des heutigen Mitteleuropas erkennen:

Die im Vergleich mit Westeuropa späte Entwicklung eines bürgerlichen Mittelstandes führte bereits Ende des 19. Jahrhunderts dazu, dass liberale Ideen zu Argumenten für kleinstaatlichen Nationalismus wurden. Diese Tradition prägt bis heute Teile der mitteleuropäischen Staatenwelt.

Die Vorstellung, dass die mitteleuropäische Staatenwelt, wie immer sie politisch konfiguriert ist, am Rande Europas liegt, folgt einer westlichen Kon-

zeption des zivilisatorischen Fortschritts, der einem marginalisierten „Osten" des Kontinents gegenübersteht.

Mitteleuropa ist zumindest seit 1918 als der geopolitische Raum zwischen den großen Nachbarn Deutschland und Russland zu definieren.

Die heute in Zeitungskommentaren aber auch in wissenschaftlichen Arbeiten zu findende „Wiederentdeckung" der pluralistischen Lebenswirklichkeit in den letzten Jahrzehnten der multinationalen Habsburgermonarchie als mögliches Vorbild für die Europäische Union sollte auch die von mir genannten Entwicklungen Mitteleuropas seit 1918 berücksichtigen. Ich bin überzeugt, dass weiterhin nicht richtig ist, was der Korrespondent der Londoner „Times" im Vorwort zur ersten Auflage seines Buches über die Habsburgermonarchie 1913 geschrieben hat, nämlich dass in Mitteleuropa staatliche Souveränität weiterhin multiethnisch hätte bleiben können „with moderate foresight on the part of the dynasty". Selbst Wickham Steed hat diese Bemerkung in der vierten Auflage seines Buches, die 1919 erschienen ist, nicht mehr gemacht.

Bibliographie

Altermatt, Urs (Hrsg.) (1996). *Nation, Ethnizität und Staat in Mitteleuropa.* Wien, Köln, Graz: Böhlau.

Brix, Emil & Busek, Erhard (2018). *Mitteleuropa Revisited. Warum Europas Zukunft in Mitteleuropa entschieden wird.* Wien: Kremayr & Scheriau.

Brix, Emil & Mantl, Wolfgang (Hrsg.) (1996). *Liberalismus. Interpretationen und Perspektiven.* Wien, Köln, Graz: Böhlau.

Clark, Christopher (2012). *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914.* London: Penguin.

Diplomacy. Austrian Journal of International Studies, No. 1/2019: Why History Matters.

Masaryk, Tomáš Garrigue (1922). *Das Neue Europa. Der slawische Standpunkt.* Berlin: Schwetschke.

Mill, John Stuart (1977). *Considerations on Representative Government.* Toronto: CreateSpace Independent Publishing Platform [Orig.: London 1861].

Steed, Henry Wickham (1913/[4]1919). *The Hapsburg Monarchy*. London: Constable and Company.

Wolff, Larry (2020). *Woodrow Wilson and the Reimagining of Eastern Europe*. Stanford: Stanford University Press.